

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck

Die Wiedervereinigung der deutschen Großbanken und das Ende der Nachkriegszeit im Epochenjahr 1957

Will man über das „Epochenjahr“ 1957 berichten, muß man zweifellos zwölf Jahre vorher einsetzen, im Jahr 1945. Der erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuss hat einmal treffend das Gefühl der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges beschrieben – sie seien „erlöst und vernichtet in einem“ gewesen. Dieser Eindruck war auch in der deutschen Wirtschaft und nicht zuletzt bei den deutschen Bankiers vorherrschend: Erleichterung über das Ende des Krieges und der Diktatur sowie tiefe Niedergeschlagenheit und Entsetzen über das Ausmaß der Zerstörung und die ungewisse Zukunft kennzeichneten die Stimmung. Denn in Jalta hatten sich die Alliierten im Februar 1945 darauf geeinigt, alle institutionellen Hinterlassenschaften des NS-Regimes rigoros zu beseitigen sowie „alle nazistischen und militärischen Einflüsse aus öffentlichen Einrichtungen, dem Kultur- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes zu entfernen.“

Bei Sowjets und Amerikanern herrschte trotz aller ideologischen Unterschiede die Überzeugung vor, daß nicht zuletzt auch die deutschen Wirtschaftskapitäne und Bankiers als Steigbügelhalter Hitlers gedient hatten. Aus kommunistischer Sicht war das leicht nachvollziehbar, aber bei den Amerikanern, die den Westen und Süden Deutschlands okkupiert hatten, war diese antikapitalistische Stoßrichtung durchaus erklärungsbedürftig. Sie hing damit zusammen, daß in den entscheidenden Stäben und Verwaltungseinrichtungen die sog. „New Deal“-Beamte eine zentrale Rolle spielten. Sie waren unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt in ihre Ämter gelangt und hegten vor allem in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein instinktives Mißtrauen gegen alles, was nach „big business“, Monopolen und Trusts klang. Im Zuge dieser Disposition hatten sie sich schon während des Krieges gegen eine zu weitgehende und als schädlich angesehene Machtfülle der Banken im eigenen Land gewandt. Der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland bot die Möglichkeit, nun auch hier die vermeintliche Machtglomeration von großen Industrieunternehmen und Banken zu zerschlagen. Die Wirtschaftskapitäne hätten, so lautete ihre Interpretation, aus Geld- und Machtgier Hitler zur Macht verholfen und die Welt in einen Krieg hineingezogen. In Parenthese muß man hinzufügen, daß die Amerikaner mit dieser Sichtweise nicht ganz allein standen. Karl Jaspers machte 1946 auf die – wie er es nannte – „moralische Schuld“ aufmerksam, die auch all jene Männer der Wirtschaft auf sich geladen hatten, die in der Zeit

des Nationalsozialismus in leitenden Positionen tätig gewesen waren. Die Schuld sei zwar immer nur beim Einzelnen zu suchen, zugleich gebe es jedoch „im Kollektiven etwas gleichsam Moralisches, das in der Lebensart und den Gefühlsweisen liegt, denen sich kein einzelner völlig entziehen“ könne. Auch der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer führte in einer programmatischen Rede in Köln im Jahre 1946 aus, daß es ganz selbstverständlich sei, daß diejenigen Männer der Wirtschaft, die in der Zeit des Nationalsozialismus schuldig geworden seien, bestraft werden müßten.

Vor diesem Hintergrund schien sich das Ende der im Zuge der deutschen Reichseinigung nach 1870 entstandenen Großbanken anzudeuten. Bereits kurz nach Kriegsende wurde die Zentrale der Deutschen Bank in Berlin und die Niederlassungen in der sowjetischen Besatzungszone geschlossen, und noch im Verlauf des Jahres 1945 begannen Ermittlungen der amerikanischen Militärregierung gegen deutschen Großbanken und ihre leitenden Bankiers. Im Jahre 1947/48 wurde die Deutsche Bank schließlich auch in den westlichen Besatzungszonen auf Anordnung der Siegermächte und mittels eines „Dezentralisierungsgesetzes“ in zehn regionale Teilinstitute zerschlagen. Federführend waren die Amerikaner, denen sich die Franzosen und schließlich auch die Briten anschlossen. Damit wurden die Banken erheblich in ihrer Macht beschnitten. Paradoxe Weise wurde mit dieser Schwächung unter alliierter Regie das erreicht, was die Nationalsozialisten vergeblich durchzusetzen versucht hatten: nämlich die Banken unter ihre Kontrolle zu bringen. Hinter dieser mit großer Konsequenz durchgeführten Maßnahme standen, wie bereits angedeutet wurde, nicht allein Bestrafungs-, sondern auch Präventionsgedanken. Eine zu große Machtkonzentration der Banken sollte in Zukunft verhindert werden, damit diese Institute nicht die Gelegenheit erhielten, selbst wieder Politik zu machen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen im „Dritten Reich“ war die Sorge nur zu verständlich, daß Politiker ohne besondere Kenntnisse des Wirtschafts- und Währungswesens in bestimmende Funktion gelangen könnten.

Zwar gab es auch in den USA schon im Jahr 1945 Stimmen, die einer Schwarz-Weiß-Malerei der deutschen Bankenwelt und dem geradezu missionarischen Eifer der New Deal-Beamten widersprachen, aber erst der beginnende Kalte Krieg führte zu einem allmählichen und dauerhaften Bewußtseinswandel. Auch in der Öffentlichkeit wurde erkannt, daß entgegen der landläufigen Ansicht, die Bankiers seien die „Finanzkapitäne“ der NS-Wirtschaft gewesen, deren Machtstellung im Vergleich zu anderen „Wirtschaftsführern“ doch eher begrenzt gewesen war. Besonders die Amerikaner hatten eine Zeitlang hauptsächlich die gesellschaftlichen Kontakte des Bankgewerbes in den Blick genommen. Sie waren

fälschlicherweise davon ausgegangen, daß diese gesellschaftlichen Beziehungen „unweigerlich politischen Druck implizierten“ und unterstellten den Banken daher auch eine „ständige politische Einflußnahme“. Harold James hat diese amerikanische Sichtweise wie folgt bewertet: „Sie nahmen das Ergebnis, das sie zu beweisen beanspruchten, bereits als erwiesen an, sie vergaßen, wie Herrschaft in einem totalitären Staat funktioniert, und sie ignorierten, was das Bankgeschäft wirklich ausmacht.“

Zwar konnten die ehemaligen „New Deal“-Beamte, die intern bisweilen auch „chaos boys“ genannt wurden, noch eine Weile Einfluß nehmen, aber in den westlichen Hauptstädten wuchs angesichts der aggressiven Politik Stalins das Bewußtsein für die Notwendigkeit eines Kurswechsels. Vor dem Hintergrund der Eindämmungspolitik wurden die Amerikaner in Westdeutschland spätestens mit der Berlin-Blockade 1948 zu „freundlichen Feinden“, wie Klaus-Dietmar Henke dies einmal ausgedrückt hat. Statt einer ökonomischen Entwaffnung sollten nun, einhergehend mit einer Dezentralisierung des Staates, die Deutschen zu einer verantwortungsvolleren, friedlichen Außenpolitik erzogen und zugleich ins westliche Lager eingebunden werden. Mit anderen Worten: Die USA schwenkten von ihrer „passiven Verhinderungsstrategie“ auf eine aktive „Durchsetzung eines marktwirtschaftlichen Neuordnungsmodells“ um.

In den Vereinigten Staaten setzten sich damit die Protagonisten derjenigen Schule durch, die von der Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Managements überzeugt waren und die aufgrund ihrer in die Vorkriegszeit zurückreichenden „Bekanntheit mit den wirtschaftlichen Führungsschichten Europas [...] Verständnis und Solidaritätsgefühl[e] für diese ihnen in Mentalität und gesellschaftlicher Interessenlage so nahestehenden Gruppen“ aufbrachten. Ein ursprünglich – analog zum Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher – geplantes Verfahren gegen deutsche Bankiers wurde gar nicht erst eröffnet, weil angesichts der politischen Großwetterlage und mittlerweile differenzierterer Erkenntnisse nicht mehr mit Verurteilungen zu rechnen war. Im Verlauf des Jahres 1948 rückten daher sukzessive zahlreiche alte Führungskräfte der Großbanken wieder in die Spitzenämter der wichtigsten Nachfolgeinstitute ein. Die Eingriffe der Militärregierung hatten sich damit letztlich als „wenig wirksam“ erwiesen. Zugleich begann sich ein neues Selbstbewußtsein innerhalb der deutschen Wirtschaftswelt abzuzeichnen. Namen wie Hermann Josef Abs, Karl Blessing und Otto Schniewind stehen nur für eine ganze Reihe von Bankiers, die keine Scheu zeigten, ihre Kompetenz auch im Nachkriegsdeutschland unter Beweis zu stellen. Es waren fortan nur noch vereinzelte amerikanische Störmanöver in Personalangelegenheiten, so etwa, als der Name Hermann Josef Abs für die Besetzung eines deutschen Zentralbankrats ins Spiel gebracht

wurde. Ein britischer Beobachter berichtete, daß bei der Verkündung des Namens von Abs „die Yankees beinahe in Ohnmacht“ gefallen seien.

Für die deutschen Bankiers war die Dezentralisierung der Großbanken jedenfalls eine als schädlich erachtete „Dezentralisierung der Kräfte und eine Zerstörung der organisch gewachsenen Strukturen.“ Ihr Fixpunkt war von Beginn an die Wiedereingliederung des deutschen Kapitalmarktes in das internationale Finanzierungsgeschäft. Eine Vorbedingung dafür war jedoch, die erheblichen Vorbehalte der zivilisierten Welt gegen die Deutschen abzubauen. Die Bundesrepublik war in dieser Hinsicht „ein Staat unter Verdacht“. Die Großbanken bekamen daher von den Westalliierten keineswegs sofort grünes Licht für ihre Rezentralisierungspläne. Im Gegenteil, eine Zeitlang kam es zu erheblichen Stockungen. Im Jahr der Gründung der Bundesrepublik, 1949, wurde zwar in der ehemaligen Reichshauptstadt die Berliner Disconto Bank AG als Nachfolgeinstitut der Deutschen Bank errichtet – aber unter dem Label „Deutsche Bank“ durften noch keine Geschäfte betrieben werden. Zugleich wurde hinter verschlossenen Türen die Wiederherstellung der Großbanken diskutiert und auf Bundesebene angeregt. Vor allem im sog. „Führungsstab Hamburg“ liefen die Fäden dieses „Ersatzdirektoriums“ zusammen. Auf westdeutscher Ebene wurde die Diskussion über die Rezentralisierung angestoßen und getragen von führenden Vertretern der ehemaligen Großbanken: von Paul Marx aus dem Vorstand der Commerzbank, von Carl Goetz, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Dresdner Bank und von Hermann Josef Abs als dem Vertreter der ehemaligen Deutsche Bank-Gruppe. In einer von ihnen in Auftrag gegebenen Denkschrift vom November 1949 finden sich die Argumente, die für eine Rezentralisierung sprachen. Sie gipfelten in dem Satz: „Die volle Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit [kann] über keine wie immer geartete Hilfskonstruktion [...], sondern nur durch die *Wiederzusammenführung* der geschaffenen Teilbanken zu einheitlichen Großbankorganisationen erreicht werden.“

Das kam einer unverblühten Maximalforderung nach Revision gleich und war politisch kaum durchsetzbar, weder bei der Hohen Kommission noch bei der Alliierten Bankkommission, wo das Mißtrauen gegen die Großbanken noch erheblich war. Daher plädierten die Bankenvertreter zunächst für eine Teil-Rezentralisierung, mit „5 oder 6 Institute[n] höchstens.“ Die Kampagne hatte Erfolg, denn Bundestag und Bundesregierung befaßten sich seit Anfang 1950 mit der, wie man es nun nannte, „Großbankenfrage“. Die Banken gingen durchaus diplomatisch und geschickt vor. Beispielsweise wurde der New Yorker Anwalt und Finanzsachverständige Fritz C. Kempner engagiert. Dieser war während des „Dritten Reiches“ aus Deutschland emigriert und inzwischen einflußreicher Berater der

amerikanischen Hohen Kommission und der britischen Regierung geworden. Gemeinsam legte man den zuständigen Behörden eine Denkschrift vor, die geschickt mit der Sorge spielte, daß das zart erblühende deutsche Wirtschaftswunder gefährdet werde, wenn es nicht bald starke Banken gebe. Bei einer Konjunkturkrise könne es zum Bankrott kleinerer Banken kommen, was wiederum das ganze System der Kreditbanken zum Einsturz bringen würde: „Das Banksystem eines Landes ist ebenso stark wie seine schwächste Aktienbank.“

Die Evozierung dieses Horrorszenarios zeigte schon bald Wirkung, auch wenn noch Steine aus dem Weg geräumt werden mußten. Vor allem die Landeszentralbanken waren nur zögerlich bereit, ihren gerade erst gewonnenen Einfluß freizugeben – vieles erinnert an die heutigen Föderalismusdebatten: Vor allem Bayern, Baden-Württemberg und Hessen erwiesen sich aus leicht nachvollziehbaren Gründen als hartnäckige Gegner einer Rezentralisierung. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es aber schließlich doch, einen Zwischenerfolg zu erzielen. Hierfür waren zwei Gründe verantwortlich: Das energische Drängen der federführenden Lobbyisten Abs, Goetz und Marx und der im Sommer 1950 ausbrechende Koreakrieg, die der Bundesregierung nicht nur eine Sonderkonjunktur dank der unterbewerteten D-Mark bescherte, sondern vor allem die Briten vom Nutzen einer nachgiebigeren und flexibleren Haltung überzeugte.

Daher deutete alles auf eine sog. „Dreierlösung“ hin, also die Zusammenfassung von Instituten. Mit dem recht unspektakulär klingenden „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“ vom 29. März 1952, das allgemein nur das „Großbankengesetz“ genannt wurde, wurde die sog. „Ausgründung“ von Nachfolgeinstituten beschlossen: Für die Commerzbank drei Banken in Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt am Main, für die Deutsche Bank die Zusammenfassung der bisherigen zehn Teilinstitute in drei größere Einheiten: die „Norddeutsche Bank“ in Hamburg, die „Rheinisch-Westfälische Bank“ in Düsseldorf und die „Süddeutsche Bank“ in Frankfurt am Main bzw. München. Dies bedeutete zugleich das faktische Ende der alliierten Versuche einer auf Dezentralisierung hinauslaufenden Strukturreform, auch wenn die Amerikaner noch die Hoffnung hegen mochten, die Westdeutschen würden sich über kurz oder lang mit der Idee einer Dezentralisierung abfinden. Das war jedoch ein Irrglaube. Für alle führenden Bankiers war die *Größe* einer Bank ein Merkmal für ihre Stabilität und Sicherheit.

In dieser Zeit waren die ersten Auswirkungen des westdeutschen Wirtschaftswunders bereits deutlich erkennbar. Es begann sich nun auszuzahlen, daß Abs darauf gedrängt hatte, die Marshallplan-Hilfe für Investitionen zu verwenden; andere europäische Länder hatten eher den Konsum angekurbelt, was sich schon jetzt als gravierender Fehler für ihre

Wettbewerbsfähigkeit erwies. Parallel dazu wurden, unter Federführung von Abs, Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden geführt. Mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 wuchs die Kreditwürdigkeit Westdeutschlands im Ausland. Durch das praktisch zeitgleich abgeschlossene Wiedergutmachungsabkommen mit Israel wurde auch die moralische Glaubwürdigkeit der Westdeutschen wiederhergestellt – eine unabdingbare Voraussetzung für jeden weiteren Schritt in Richtung politischer Normalisierung im Umgang mit Deutschland.

Zugleich erwies es sich angesichts der Tatsache, daß Waren mit der Aufschrift „Made in Germany“ – übrigens ganz gegen die ursprüngliche Intention – zum Exportschlager wurden, als notwendig, das immer umfangreichere Auslandsgeschäft zu finanzieren. Zwar hatte auch in den Vorjahren das Auslandsgeschäft nicht völlig brach gelegen, aber eine Rezentralisierung, das lag auf der Hand, mußte das Kreditgeschäft weiter stärken. Hier wollten auch die dezentralisierten ehemaligen Großbanken ins Geschäft kommen und standen einer zu starken Expansion beispielsweise der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ mit großer Skepsis gegenüber.

In dieser Situation war es von Vorteil, daß sich die politisch-ökonomischen Interessen Adenauers und der namhaften Bankiers überschneiden. Vor allem Abs gehörte spätestens seit den schwierigen und von ihm mit viel Geschick geführten Verhandlungen über die Auslandsschulden zum engeren Kreis des Bonner Machtzentrums. Er war nicht nur im Kanzleramt regelmäßiger Gast, selbst bei Kabinettsitzungen war sein fachkundiger Rat gefragt. 1952 fragte ihn Adenauer sogar, ob er nicht Außenminister werden wolle. Ob das wirklich ernst gemeint war, steht auf einem anderen Blatt – Adenauer war ein Machtpolitiker, der mit ähnlichen Angeboten auch anderen geschmeichelt hat. Sei dem wie es sei, durch ihre rheinische Herkunft verbunden, blieben sie auch in den folgenden Jahren ein kongeniales Gespann: Adenauer, der das Staatsschiff noch bis 1963 steuerte, und sein Berater Abs, der 1952 zu „seiner“ Deutschen Bank zurückkehrte und trotz aller Nähe zur politischen Macht stets seine Unabhängigkeit zu bewahren wußte.

Jene frühen Jahre waren durch eine Politik gekennzeichnet, die der Schweizer Historiker Jean von Salis einmal als „bundesdeutsche Ideologie“ bezeichnet hat und die eine Basis für die junge Republik bot, die nach den in jeder Hinsicht verheerenden Jahren des „Dritten Reiches“ nun zu neuer Stabilität fand. Sie war – so von Salis – gekennzeichnet durch „scharfen Antikommunismus, das Bekenntnis zum Rechtsstaat, eine kapitalistische Bürgerlichkeit, (...) aber auch ihre Furcht vor der nationalistischen Hybris, die Hitlers Diktatur gekennzeichnet hatte.“ Dies war eine weitgehende Abkehr von aller bisherigen deutschen Politik – und in

unserem Zusammenhang ist es wichtig, daß sie auch die Politik der Protagonisten der deutschen Großbanken war.

Man sollte nicht vergessen, daß diese Bankiers nicht nur an Zahlen und Bilanzen dachten, sondern auch außerökonomische Wertvorstellungen hatten. In diesem Sinn war der Versuch, eine starke Bankenwelt im marktwirtschaftlich orientierten Westen Deutschlands zu schaffen, auch immer mit dem Wunsch verbunden, langfristig dadurch einen Beitrag zur erhofften Wiedervereinigung zu leisten. Es sollte nicht nur die Deutsche Bank zusammenwachsen, sondern auch das „Vaterland“.

Der Abschluß der Rezentralisierung war nur noch eine Frage der Zeit. 1955 erlangte die Bundesrepublik ihre Souveränität zurück, was den letzten Anstoß für die endgültige Restituierung der Großbanken gab. Auf einer Außenministerkonferenz in Messina wurden im gleichen Jahr Perspektiven zur Vereinheitlichung der Volkswirtschaften, der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes sowie zur Harmonisierung der Sozialpolitik formuliert, wenn es auch weiterhin ungelöste Probleme und erhebliche Widerstände gab, weil beispielsweise Frankreich seine Industrie als zu wenig wettbewerbsfähig ansah. Erst die Suezkrise im Herbst 1956 verdeutlichte Paris, daß Alleingänge in die Sackgasse führten und ein europäisches Zusammenrücken ratsam war. Am 25. März 1957 wurden in Rom von den Vertretern der sechs Staaten der Montanunion die Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Die D-Mark wurde mittlerweile zur international bevorzugten Anlagewährung; der Außenhandel florierte ebenso wie das hierauf bezogene Kreditgeschäft. Es war also kein Zufall, daß die Wiedervereinigung der deutschen Großbanken in dieses politische „setting“ paßte. Ein entsprechendes Gesetz trat am 30. Dezember 1956 in Kraft. Der Fusionsvertrag zum Zusammenschluß der drei Teilinstitute zur Deutsche Bank AG – mit Sitz in Frankfurt am Main – wurde durch die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank am 5. März unterzeichnet. Der Vertrag selbst trat am 2. Mai rückwirkend zum 1. Januar 1957 in Kraft. Zaghafte Widerspruch gab es lediglich aus Nordrhein-Westfalen und Bayern, weil diese Länder ihre Regionalbanksitze verloren. Wie von allen erwartet, wurde Hermann Josef Abs Sprecher des Vorstandes der zusammengeführten Deutschen Bank – ein Amt, das er bis 1967 innehaben sollte. Die Dresdner Bank und die Commerzbank unternahmen analoge Schritte. Damit war, wie Lothar Gall geurteilt hat, „die Nachkriegsära in organisatorischer Hinsicht“ abgeschlossen.